



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

DEUTSCHE UND POLEN: DIE SICHT AUF DEN NACHBARN

■ ANALYSE	
Polen und Deutsche – fünf Jahre gemeinsam in der Europäischen Union Agnieszka Łada, Warschau	2
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Meinungsumfragen zu den bilateralen Beziehungen	8
<hr/>	
■ CHRONIK	
Vom 05. bis zum 18. Mai 2009	14
<hr/>	
■ LESEHINWEIS	
Polen und Deutsche. Ihr gegenseitiges Bild und ihre Vision von Europa	16

Analyse

Polen und Deutsche – fünf Jahre gemeinsam in der Europäischen Union

Die polnisch-deutschen Beziehungen und die Europapolitik beider Länder aus polnischer und aus deutscher Sicht

Agnieszka Łada, Warschau

Zusammenfassung

Nach einer aktuellen repräsentativen Studie zu den deutsch-polnischen Beziehungen und den gegenseitigen Wahrnehmungen stellen zwei Drittel der Polen und fast die Hälfte der Deutschen das Verhältnis zum Nachbarn als positiv dar. Betrachtet man allerdings die Bewertung von einigen Aspekten des Verhältnisses wie beispielsweise die Einschätzung der Europapolitik des Nachbarn, dessen Verhältnis zu Russland und die sich daraus ergebenden Strategien sowie die gegenseitige Akzeptanz als Freund, Kollege oder Chef, so ergibt sich ein differenzierteres Bild. Dabei ist die Entwicklung der gegenseitigen Einschätzungen, die über die letzten Jahre zu beobachten ist und in Teilbereichen Verschlechterungen erkennen lässt, nicht zuletzt auf die bilaterale politische Wetterlage zurückzuführen, aber auch auf Asymmetrien in der Berichterstattung über den Nachbarn. Des Weiteren ist eine zunehmende Gewöhnung aneinander und die Wahrnehmung des anderen als Partner in verschiedenen Rollen festzustellen.

Anfang Mai wurde der fünfte Jahrestag des Beitritts Polens zur Europäischen Union begangen. Am 1. Mai waren die Zeitungen gespickt mit Kommentaren. Das Fernsehen sendete Beiträge zu den Auswirkungen des Beitritts von zehn neuen Mitgliedsländern zur Europäischen Union, auf Konferenzen tauschten Experten Zahlen aus, die die Gewinne und Verluste in verschiedenen von der Integration in die EU betroffenen Lebensbereichen benennen sollten. Allerdings spiegeln weder die Höhe der Direktzahlungen an die Bauern noch die Angabe, zu wieviel Prozent die EU-Fonds ausgeschöpft wurden, und noch nicht einmal die positiven Antworten der Bevölkerung, dass sie mit der Mitgliedschaft in der EU zufrieden ist, die vielleicht wichtigste Frage wieder, nämlich ob tatsächlich die Integration zwischen den Nationen der Europäischen Union stattgefunden hat. Neben den politischen und wirtschaftlichen (Er-) Folgen der EU-Erweiterung dürfen die gesellschaftlichen nicht vergessen werden. Diese aber zeigen sich darin, dass ähnliche Ansichten zu den Interessen der EU und ihrer Zukunft geäußert werden sowie in der Bereitschaft zur Koexistenz mit anderen Nationen, also darin, dass sich die Bürger verschiedener Staaten in ihren unterschiedlichen Rollen akzeptieren.

Die Annäherung von Polen und Deutschen, zweier Nationen mit einer so schwierigen Geschichte und nun Nachbarn in der EU, hat in diesem Kontext eine besondere Bedeutung. In den 1990er Jahren ließ sich beobachten, dass sich beide Gesellschaften schrittweise einander öffnen. Die Phase der Beitrittsverhandlungen verlief unter dem Stichwort der deutschen Anwaltschaft für Polen sowie der Interessengemeinschaft hinsichtlich

eines schnellstmöglichen Beitritts Polens zur EU. Berlin war nicht nur bereit, die Kosten der EU-Erweiterung mitzubestreiten, sondern drang auch auf die Beschleunigung der Verhandlungen. Gleichzeitig sah Deutschland manchmal ein bisschen von oben herab auf den östlichen Nachbarn, wohl wissend, dass noch ein langer und auch mühsamer Reformprozess vor ihm liegt. Die Polen, die sich dieser Hilfe durchaus bewusst waren, sahen häufig mit Bewunderung auf die funktionierende Wirtschaft der Bundesrepublik und die Entwicklung des Landes. Das Bild voneinander störten allerdings die Erinnerungen an die komplizierte Geschichte.

Die gegenseitige Wahrnehmung von Polen und Deutschen veränderte sich mit der fortschreitenden Integration Polens in die EU, d. h. mit den sich daraus ergebenden neuen Kontakten. Partnerschaften zwischen Institutionen, Handelsbeziehungen, Schüler- und Studentenaustausch, Projekte von Nichtregierungsorganisationen oder auch das unkomplizierte Reisen erlaubten uns, einander besser kennenzulernen, also auch die bisherigen Meinungen über das andere Land und seine Bevölkerung zu überprüfen oder neu einzuschätzen. Die Untersuchung dieser Veränderungen seit dem Jahr 2000 ermöglicht es zu zeigen, welche Tendenzen in den beiderseitigen Bewertungen auftreten und wie dies die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene beeinflussen kann.

Die Bewertung der polnisch-deutschen Beziehungen

Fünf Jahre nach dem Beitritt Polens zur EU weisen die polnisch-deutschen Kontakte einen partnerschaftliche-

ren Charakter auf. Sie normalisierten sich dadurch, dass sich die Asymmetrie der jeweils eingenommenen Rollen und die Distanz zwischen beiden Ländern verringert haben, wobei sich die Barrieren, die eine partnerschaftlichere Politik verhindert hatten, reduzierten. Die beiderseitigen Beziehungen nahmen auch eine starke europäische Färbung an, ohne deren Kenntnis eine Beurteilung schwerfällt. Wenn also der Stand der polnisch-deutschen Beziehungen analysiert wird, müssen sowohl die positiven Veränderungen und neuen Möglichkeiten als auch die Herausforderungen, die nicht immer bewältigt werden, betrachtet werden. So gesehen beeinflussten mit Sicherheit auch die Probleme, die seit dem Jahr 2005 die bilateralen Beziehungen begleiteten, deren aktuelle Bewertung durch die polnische und die deutsche Gesellschaft.

Zwei Drittel der Polen sind der Meinung, dass die polnisch-deutschen Beziehungen gut sind. Nur jeder fünfte Pole beurteilt sie als schlecht. Allerdings ist im Vergleich zu den vergangenen Jahren die aktuelle Bewertung viel kritischer – die Anzahl der positiven Meinungen verringerte sich, die der negativen wuchs. Auch die Deutschen bewerten den Zustand der polnisch-deutschen Beziehungen schlechter als früher. Im Vergleich zu 2006 reduzierte sich der Prozentsatz derer, die die Beziehungen für sehr gut oder gut hielten, von 60 % auf 48 %. Dabei gibt es die beständige Tendenz, dass die Deutschen den Zustand der Beziehungen schlechter als die Polen bewerten. Zum ersten Mal fiel der Prozentsatz derjenigen Bundesbürger, die den Beziehungen gute Noten ausstellen, unter 50 %, während es in Polen immer noch zwei Drittel sind. In beiden Fällen lässt sich der Rückgang der positiven Bewertung auf die politische Realität zurückführen, die zeigte, dass die politischen Beziehungen zwischen Warschau und Berlin zwischen 2005 und 2007 nicht freundschaftlich waren (s. Grafik 1, S. 8).

Die Politik der Regierungszeit von *Recht und Gerechtigkeit* (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*), insbesondere die häufige Bezugnahme auf die Geschichte, kann ebenfalls die steigende Anzahl derjenigen Polen beeinflusst haben, die einen starken Einfluss des Zweiten Weltkriegs auf die polnisch-deutschen Beziehungen sehen. Dieser Meinung sind zurzeit 43 % der Polen. Die Gruppe derer, die diesen Einfluss als klein bewertet, verringerte sich dagegen bedeutend (auf 39 %). Paradoxerweise nannten die Polen auf die Frage, womit sie die Deutschen assoziieren, seltener als in den Jahren davor die Vergangenheit (s. Grafik 2, S. 8).

In Deutschland unterlagen die Einschätzungen, ob der Zweite Weltkrieg immer noch Einfluss auf die

deutsch-polnischen Beziehungen hat, dagegen seit 2006 keinen Veränderungen. Einen starken Einfluss nahm ein Drittel der Befragten wahr, geringen Einfluss weniger als die Hälfte.

Polen und Deutsche gemeinsam in der Europäischen Union

Aufgrund der Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union und des sich daraus ergebenden europäischen Kontextes der polnisch-deutschen Beziehungen muss bei der Bewertung des gegenwärtigen Zustands dieser Beziehungen auch in Betracht gezogen werden, welche Meinungen die Gesellschaft zur Europapolitik des Nachbarn vertritt. Gleichzeitig gilt es, einen Blick in die Zukunft zu werfen und die Frage zu stellen, in welchen Bereichen die beiden Länder zusammenarbeiten könnten und sollten und was sie weiterhin voneinander trennt.

Nach dem Beitritt Polens zur Union gab es viele Anlässe und Ereignisse, bei denen die Positionen Warschaus und Berlins auseinanderliefen. Mehrmals stieß das Vorgehen polnischer Politiker auf die Kritik deutscher Politiker und Medien. Besonders negativ wurde die Zeit zwischen 2005 und 2007 bewertet, als u. a. der EU-Reformvertrag von Lissabon ausgehandelt wurde. Der Widerstand Polens gegen einige Punkte rief Unzufriedenheit beim westlichen Nachbarn hervor. Verursacht wurde dies nicht nur durch die bestehenden Meinungsverschiedenheiten, sondern auch durch die Art und Weise zu verhandeln, die von mangelnder Kompromissbereitschaft Warschaus und fehlender Darstellung der Argumente gekennzeichnet waren. Die Vorgehensweise des damaligen Ministerpräsidenten Jarosław Kaczyński und des Staatspräsidenten Lech Kaczyński schrieb sich negativ in das Gedächtnis unserer westlichen Nachbarn ein.

In den deutschen Beurteilungen der polnischen Europapolitik überwiegen eindeutig die negativen Meinungen. Nach Ansicht der westlichen Nachbarn bremst Polen die europäische Integration (42 %), strebt nach Verwirklichung der eigenen Interessen auf Kosten anderer Staaten (47 %) und trägt zur Verschärfung von Konflikten und Spannungen in Europa bei (45 %). Die gegenteiligen Antworten, dass Polen die europäische Integration voranbringt (32 %), die Interessen anderer Staaten respektiert (34 %) und sich für eine bessere Zusammenarbeit in Europa einsetzt (31 %), vertraten erheblich weniger Befragte. Diese Ergebnisse belegen eindeutig, dass das Vorgehen polnischer Politiker auf der europäischen Bühne in den letzten Jahren negativ aufgenommen wurde (s. Grafik 3, S. 9).

Wenn man die Antworten von Deutschen und Polen vergleicht, lässt sich ein deutlicher Unterschied feststellen, wie die polnische Politik in der EU wahrgenommen wird. Die polnische Gesellschaft bewertet die Europapolitik Warschaws eindeutig positiv. Unsere Landsleute sind der Ansicht, dass Polen der Vertiefung der Integration dient (59 %) sowie auch einer besseren Zusammenarbeit in Europa (55 %) und dass es die Interessen anderer Länder respektiert (69 %). Die viel positiveren Bewertungen der Polen verwundern nicht, zumal das eigene Land immer wohlwollender betrachtet wird. Außerdem bewirkte die Tatsache, dass die Umfrage ein Jahr, nachdem die Regierung von Ministerpräsident Donald Tusk die Verantwortung übernommen hatte, durchgeführt wurde, dass die Polen bereits die Chance hatten, Veränderungen und einen neuen Ton in der polnischen Europapolitik wahrzunehmen. In Deutschland dagegen sind die negativen Eindrücke noch nicht erloschen, zumal positive Nachrichten seltener von den Medien vermittelt werden. Daher kann sich in der deutschen Erinnerung immer noch das alte Bild der unbegreiflichen und unberechenbaren polnischen Diplomatie halten. Um es zu ändern, bedarf es noch vieler Anstrengungen und Zeit (s. Grafik 3, S. 9).

Die polnische Beurteilung der deutschen Europapolitik ist dagegen positiv. Die Mehrheit der Polen ist der Ansicht, dass den Deutschen an einer besseren Zusammenarbeit in Europa gelegen ist (60 %) und sie die europäische Integration voranbringen (61 %). Eine eindeutige Minderheit der Befragten vertritt die Meinung, dass die Deutschen zu einer Verschärfung der Konflikte und Spannungen in Europa beitragen (11 %) und die europäische Integration behindern (13 %). Diese Ergebnisse zeigen, dass die Polen die deutschen Aktivitäten auf der europäischen Bühne positiv beurteilen (s. Grafik 4, S. 9).

Die schlechten Noten für die polnische Europapolitik, die ihr die Deutschen ausstellen, erleichtern mit Sicherheit nicht die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene. Umso wesentlicher ist es festzustellen, ob es Bereiche gibt, in denen eine Kooperation trotz eventueller Schwierigkeiten möglich ist. Die wichtigsten Politikbereiche der EU, in denen in nächster Zeit richtungsweisende Entscheidungen anstehen, sind die militärische Zusammenarbeit und die Sicherheitspolitik, die Außenpolitik, die Ostpolitik, der EU-Reformvertrag von Lissabon und die Energiepolitik. Daher wäre auch die polnisch-deutsche Zusammenarbeit auf diesen Gebieten äußerst wünschenswert. Eine Kooperation ist möglich, wenn beide Länder ähnliche Ansichten vertreten. Die Untersuchungsergebnisse zeigen, dass die

Mehrheit der Polen in der militärischen Zusammenarbeit, der Sicherheitspolitik der EU und der EU-Außenpolitik am wenigsten kontroverse Standpunkte sieht. Die Mehrheit der Polen ist der Meinung, dass Deutschland und Polen in diesen Fragen eine ähnliche Einstellung vertreten. Die meisten Kontroversen weist nach Einschätzung der polnischen Respondenten die Frage der Energiepolitik der EU auf.

Die Deutschen nehmen seltener als die Polen die Ähnlichkeit der Positionen wahr. In ihren Antworten überwiegt die Meinung, dass diese unterschiedlich sind. Über 40 % der Deutschen sehen weder in den Ansichten zur EU-Energiepolitik noch zur Ostpolitik oder zur Außenpolitik im Allgemeinen Übereinstimmungen. Mehr Übereinstimmungen als Unterschiede werden allein im Fall einer gemeinsamen Militär- und Sicherheitspolitik festgestellt, jedoch ist hier diese Differenz minimal (41 % zu 40 %, s. Grafik 5, S. 10). Diese Bewertungen lassen sich auf unterschiedliche Ursachen zurückführen. Erstens nehmen die Deutschen im Allgemeinen keine Ähnlichkeiten zwischen sich und den Polen wahr (42 % der Deutschen finden, dass Deutsche und Polen sich unterscheiden). Dies überträgt sich dann auch auf die Meinung über die Übereinstimmungen in den Positionen zur EU-Politik. Zweitens kennen die Deutschen Polen nicht besonders gut und haben daher kaum oder kein Wissen über den polnischen Standpunkt zu vielen Fragen. Drittens, was ebenfalls den Wissensmangel direkt erklärt, sind die Informationen über die polnische Politik in den deutschen Medien eher selten, und wenn sie vermittelt werden, dann sind sie negativer Art und weisen auf Differenzen und Konflikte hin. Da sich die Massenmedien gern auf kontroverse Themen konzentrieren und die Probleme in der Europapolitik und den bilateralen Beziehungen herausstellen, ist die Meinung der deutschen Gesellschaft, die sich auf eben diese Berichterstattung stützt, so skeptisch.

Die polnischen Medien enthalten dagegen mehr Informationen über die Politik der Bundesrepublik, die zudem ausführlicher sind; sie bringen tiefgehende Analysen und stellen scharfsinnig die Position des Nachbarn dar. Daher nimmt auch die polnische Gesellschaft die Ähnlichkeiten von Ansichten häufiger wahr als die deutsche. Mit Sicherheit resultiert aber die Meinung, dass wir in vielen Fragen übereinstimmen, auch aus einem Wunschdenken. Die Polen möchten in den Deutschen einen Verbündeten für ihre Pläne haben und zählen darauf, dass der Nachbar bestimmte Fragen so wie sie selbst beantwortet (s. Grafik 5, S. 10).

Die gemeinsame Außenpolitik der Europäischen Union

Obgleich die Hälfte der Deutschen keine gemeinsamen Haltungen unserer beiden Länder hinsichtlich der EU-Außenpolitik sieht, aber über die Hälfte der Polen einander nahestehende Positionen wahrnimmt, herrschen ähnliche Meinungen, was die Notwendigkeit betrifft, als EU-Mitgliedsländer gemeinsam gegenüber anderen Ländern und Regionen der Welt aufzutreten. Die Mehrheit der Polen und Deutschen äußert die Meinung, dass die Länder der Europäischen Union eine gemeinsame Politik gegenüber Nicht-EU-Ländern betreiben sollten, aber auch in diesem Fall unterstützen die Polen diese Haltung stärker als die Deutschen. Die meisten der polnischen Befragten wiesen auf eine solche Notwendigkeit gegenüber Russland (85 %) und den Vereinigten Staaten (84 %) hin (die Deutschen entsprechend 71 % und 74 %). Über drei Viertel der Polen sehen auch gegenüber den Ländern des Nahen Ostens (78 %) und China (76 %) einen solchen Bedarf; unsere westlichen Nachbarn waren etwas weniger davon überzeugt (nämlich 66 % und 69 %). Der größte Meinungsunterschied betraf die Kontakte mit Russland. Die Polen unterstützen deutlich häufiger und entschiedener als die Deutschen eine gemeinsame EU-Politik gegenüber Russland. Möglicherweise resultiert das aus den polnischen Erwartungen, dass eine gemeinsame Politik in der Lage wäre, demjenigen Verhalten unseres östlichen Nachbarn, das Polen zum Schaden gereichen würde, entgegenzutreten. Die Deutschen dagegen beobachten keine solchen negativen Schritte von Seiten Moskaus, im Gegenteil ist oft von der guten deutsch-russischen Zusammenarbeit zu hören, was bedeutenden Einfluss auf die Meinung in dieser Frage haben kann (s. Grafik 6, S. 10).

Die Bedeutung Russlands für die polnisch-deutschen Beziehungen

Das Thema Russland rief immer Kontroversen im polnisch-deutschen Verhältnis hervor. Es besteht das Stereotyp der russophilen Haltung der Deutschen, die Russland unkritisch als wichtigen Partner anerkennen und seine Politiker als »lupenreine Demokraten« bezeichnen, sowie andererseits das Stereotyp der russophoben Einstellung der Polen, die sich aus unerklärlichen Gründen panisch vor Moskau fürchten. Bekannt sind die polnischen Anspielungen, die Bundeskanzler mögen doch auf dem Weg nach Moskau einen Zwischenstopp auf dem Warschauer Flughafen einlegen, um ihren Standpunkt zunächst mit dem polnischen Partner zu konsultieren. Die polnische Angst vor zu engen deutsch-russischen Beziehungen, die sich gegen polnische Interessen wen-

den, ist angesichts der näheren und fernerer Geschichte verständlich. Die Meinungen der Deutschen und der Polen über Russland, seine Politik und die Rolle Polens im Verhältnis zwischen der EU und Moskau hat daher grundlegende Bedeutung, um die Faktoren zu verstehen, die Einfluss auf die polnisch-deutschen Beziehungen haben.

Von der Notwendigkeit, die polnischen Interessen bei den Kontakten zwischen Berlin und Moskau zu berücksichtigen, war im Jahr 2006 fast die Hälfte der Deutschen überzeugt. Gegenwärtig ist die Anzahl kleiner. Diese Ergebnisse verwundern im Zusammenhang mit den 71 % der Befragten, die meinen, dass eine gemeinsame Außenpolitik der EU gegenüber Russland ratsam ist (s. Grafik 6, S. 10).

Ähnliche Ansichten vertreten die Polen und Deutschen aber gegenüber den russischen Großmachtbestrebungen. Angst vor den Expansionsplänen Moskaus – dem Streben nach Einfluss in den Ländern Osteuropas in nicht allzu ferner Zukunft – äußern 69 % der Deutschen. Der Unterschied zu den Polen (75 %) ist dabei nicht so eklatant, wie manchmal glauben gemacht wird. Die Untersuchung zeigt, dass die in Polen als prorussisch angesehene Politik Deutschlands nicht aus der Einstellung der deutschen Bevölkerung resultiert, die viele der polnischen Ängste in Bezug auf die Richtung der russischen Politik zu teilen scheint. Beeinflusst wurden diese Beurteilungen zweifellos vom Krieg in Georgien, den Wahlen in Russland und der Art und Weise des Kreml, mit der Europäischen Union zu verhandeln (s. Grafik 8, S. 11).

Die Sorge über ein mögliches russisches Vorgehen resultiert aus den polnischen Erfahrungen im Kontakt mit dem Kreml. Zusammen mit diesen Erfahrungen bewirkt die Lage Polens auf der europäischen Landkarte, dass sich polnische Politiker für prädestiniert halten, die europäische Politik gegenüber Russland in besonderer Weise mitzugestalten. Das Projekt der »Östlichen Partnerschaft« wie auch die Aktivitäten der Regierung und des Staatspräsidenten Lech Kaczyński sollen auf die Notwendigkeit aufmerksam machen, neue Beziehungen zwischen der EU und der NATO einerseits und den Nachbarn im Osten andererseits aufzubauen. Viele in der EU meinen in diesem Zusammenhang, dass Polen auf diese Weise dazu beiträgt, das Verhältnis Brüssel – Moskau zu verschlechtern. Andere sind der Ansicht, dass die Meinung Warschaws den westlichen Staaten hilft, die Situation besser zu verstehen und das russische Vorgehen einzuordnen.

Sowohl die Meinungen der Polen als auch der Deutschen sind in dieser Frage sehr geteilt. Die Befragten

haben kein klares Bild und keine eindeutige Meinung zur Rolle Polens beim Aufbau einer gemeinsamen EU-Politik gegenüber Russland. Die größte Gruppe der Polen (34 %) sagt, dass Polen keinen Einfluss auf die Beziehungen zwischen der EU und Russland hat, 26 % meinen, dass Warschau dazu beiträgt, dass die Probleme zwischen Moskau und Brüssel wachsen. 19 % dagegen sehen einen positiven Einfluss der polnischen Außenpolitik auf die Gestaltung der EU-Politik gegenüber Russland. Das polnische Vorgehen wird also überwiegend als erfolglos bzw. als problematisch eingeschätzt.

Die Meinungen der Deutschen sind in dieser Frage ähnlich aufgefächert. Die Untersuchungen bestätigen nicht die häufig wiederholte These, dass Polen in Europa, insbesondere Deutschland, als Land betrachtet wird, dass dazu beiträgt, die Beziehungen EU-Russland zu verschlechtern. Dieser Meinung stimmen 29 % unserer westlichen Nachbarn zu (also eine vergleichbare Anzahl wie in Polen). Ebenso häufig wird Polen als Land betrachtet, dass keinen Einfluss auf die Politik der Union ausübt. Nur 17 % der Deutschen nehmen einen positiven Einfluss Polens auf die Politik gegenüber Russland wahr (s. Grafik 9, S. 12).

Die gegenseitige Akzeptanz, d. h., wie weit ist es mit der Integration in der Gesellschaft?

Außer der Bewertung der politischen Sphäre im polnisch-deutschen Verhältnis ist es für die Beurteilung, ob Polen und Deutsche fünf Jahre nach dem Beitritt Polens zur Europäischen Union gelernt haben miteinander zu leben, wesentlich, ob wir einander in verschiedenen gesellschaftlichen Rollen akzeptieren. Die Koexistenz neben- und miteinander zeigt ja, wie weit die Integration der Nationen der Europäischen Union fortgeschritten ist. Aus den Untersuchungen von 2005/06 geht hervor, dass ein deutscher Chef, ein polnischer Arbeitskollege, ein deutscher Freund oder eine polnische Schwiegertochter bereits normal sind und von einer deutlichen Mehrheit beider Gesellschaften akzeptiert werden. Bei den Polen lag die Akzeptanz in manchen Fällen etwas niedriger als bei den Deutschen, aber in Anbetracht der historischen Erfahrungen ist dies nicht besonders verwunderlich. Gleich nach dem EU-Beitritt waren solche positiven, im Vergleich zum Jahr 2000 steigenden Tendenzen besonders erfreulich. Die Untersuchungen im Jahr 2008 stimmen nicht mehr so optimistisch. Obwohl weiterhin die deutliche Mehrheit der Polen und Deutschen Vertreter der anderen Nation in verschiedenen gesellschaftlichen Rollen akzeptiert, ist der verzeichnete Anstieg der Akzeptanz nicht mehr groß. Es überwiegt vielmehr das Fehlen von Verände-

rungen, und die wachsende Distanz im Verhältnis zu Polen ist beunruhigend.

Die Polen sind den Deutschen gegenüber immer offener. Drei Viertel akzeptieren Deutsche in der Rolle des Nachbarn und Mitarbeiters. Diese gesellschaftlichen Rollen erfreuen sich der größten Akzeptanz seitens der Polen, das Niveau der Zustimmung hat sich in Relation zum Jahr 2005 nicht verändert. Eindeutig wuchs dagegen die Offenheit der Polen gegenüber der Anwesenheit von Deutschen in Polen – bereits fast 70 % akzeptieren, dass sich Deutsche in unserem Land dauerhaft niederlassen und 63 %, dass ihnen die polnische Staatsbürgerschaft zuerkannt wird. Dies ist eine große Veränderung in der Einstellung der Polen, die sich vor dem EU-Beitritt häufig vor dem Zustrom der Deutschen nach Polen und dem Ausverkauf Polens fürchteten. Diese Befürchtungen sind nicht eingetreten, und die Polen fühlen sich nicht mehr bedroht. Etwas erhöhte sich auch die Akzeptanz für den Deutschen in der Rolle des Vorgesetzten (ca. 60 %), was verdeutlicht, dass die Wahrnehmung des Deutschen als eines »schlechten Herrn«, eines zwangsweise Vorgesetzten Geschichte geworden ist. Am wenigsten offen sind die Polen weiterhin gegenüber dem Deutschen in der Funktion eines Stadt- oder Gemeinderats; allerdings akzeptiert dies bereits auch schon fast die Hälfte der Befragten (s. Grafik 10, S. 12).

Im Gegensatz zu den Polen, die die Deutschen immer bereitwilliger akzeptieren, reduzierte sich die Akzeptanz der Deutschen gegenüber Polen in verschiedenen gesellschaftlichen Rollen zum ersten Mal seit mehreren Jahren. Weniger Deutsche als im Jahr 2006 würden einen Polen als Stadt- oder Gemeinderat, Chef oder Schwiegersohn/-tochter akzeptieren. In letzterem Fall war der Rückgang am stärksten und betrug bis zu 10 %. Auch sehen die Deutschen einen Polen nicht mehr so gern wie im Jahr 2006 in der Rolle des Freundes. Keine Veränderungen traten dagegen bei der Akzeptanz der Polen in der Rolle des deutschen Staatsbürgers, des Nachbarn, Mitarbeiters oder unmittelbaren Vorgesetzten auf. Hier wird demnach folgende Tendenz deutlich: Die Deutschen sind nicht mehr so offen für persönliche (familiäre, freundschaftliche) Beziehungen mit Polen und sind nicht so gern bereit, Polen in der Rolle von Personen anzuerkennen, von denen ihr Schicksal abhängt (Stadt- oder Gemeinderat, Chef). Diese Veränderungen können beunruhigend wirken, ist doch in Zeiten des sich vereinigenden Europa die gegenseitige Akzeptanz in unterschiedlichen Rollen ein wesentlicher Indikator für die Umsetzung der Idee von Integration in die Praxis. Gleichzeitig ist die Prozentzahl derer, die Polen

akzeptieren, weiterhin sehr hoch, was wiederum optimistisch stimmt (s. Grafik 11, S. 13).

Fazit

Mit dem Beitritt Polens zur Europäischen Union haben die polnisch-deutschen Beziehungen einen neuen Charakter angenommen. Als Partner stehen wir vor neuen Herausforderungen. Nicht immer haben wir ähnliche Ansichten, was in der Natur der Sache liegt. Wesentlich ist, zu lernen Kompromisse einzugehen und sich zu bemühen, gemeinsame Konzepte auszuarbeiten und zu kooperieren. Die negative Bewertung der polnischen Europapolitik seitens der Deutschen hilft dabei sicher nicht. Entsprechend wird die Kooperation auf gesell-

schaftlicher Ebene nicht dadurch begünstigt, dass die Akzeptanz gegenüber Polen in verschiedenen gesellschaftlichen Rollen gefallen ist. Diese negativen Einschätzungen geben die Realität wieder, die einer positiven Meinungsbildung der Deutschen über Polen nicht förderlich war. Deshalb muss fünf Jahre nach dem 1. Mai 2004 die Frage gestellt werden, welche Initiativen ergriffen werden müssen, um das Bild voneinander und das Urteil übereinander zu verbessern. Ein Verhältnis zu schädigen und sich negativ ins Gedächtnis des Partners einzuschreiben, ist einfach, ein positives Image und Vertrauen aufzubauen wesentlich schwieriger. Nötig sind daher nun konkrete Schritte und Initiativen.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Die Untersuchungen, deren Ergebnisse gekürzt im vorliegenden Artikel vorgestellt werden, wurden vom 29.08. bis 1.09.2008 an einer repräsentativen Gruppe von 1.069 erwachsenen Polen sowie vom 19.09. bis 29.09. 2008 an einer repräsentativen Gruppe von 1.027 erwachsenen Deutschen durchgeführt. Dazu wurde folgender ausführlicher Bericht veröffentlicht: Lena Kolarska-Bobińska, Agnieszka Łada (red.): *Polska-Niemcy. Wzajemny wizerunek i wizja Europy*, Instytut Spraw Publicznych, Warszawa 2009 [dt.: Polen und Deutsche. Ihr gegenseitiges Bild und ihre Vision von Europa, s. Deckblatt im Anhang].

Die Untersuchungen und der Bericht entstanden im Rahmen des Projekts *Polska-Niemcy. Nowe otwarcie i wzajemny wizerunek* des Instytut Spraw Publicznych [Institut für Öffentliche Angelegenheiten] in Warschau, das in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung dank der Unterstützung der Fritz Thyssen Stiftung, der Robert Bosch Stiftung, der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung und der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit realisiert wurde.

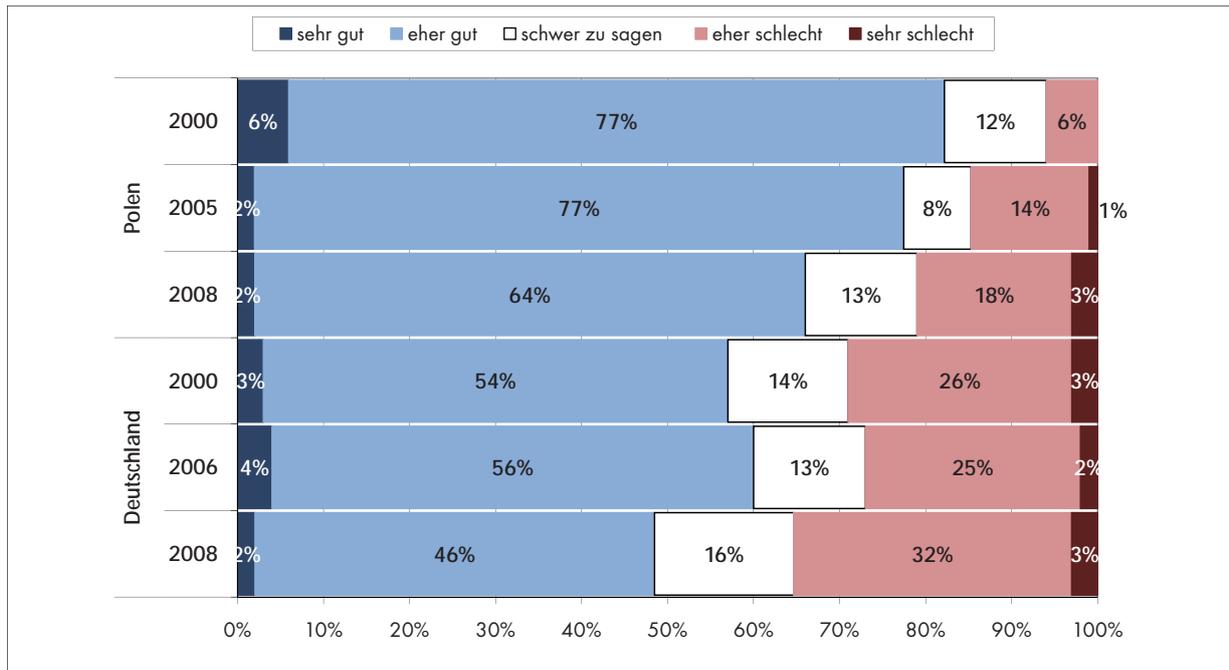
Über die Autorin

Dr. Agnieszka Łada ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Instytut Spraw Publicznych [Institut für Öffentliche Angelegenheiten] in Warschau und dort Leiterin des Europäischen Programms. Sie ist Autorin und Mitautorin von Untersuchungsberichten, Monographien und Artikeln zur polnisch-deutschen Thematik. Weitere Arbeitsschwerpunkte sind die europäischen Institutionen, das Pressewesen und die politische Bildung.

Tabellen und Grafiken zum Text

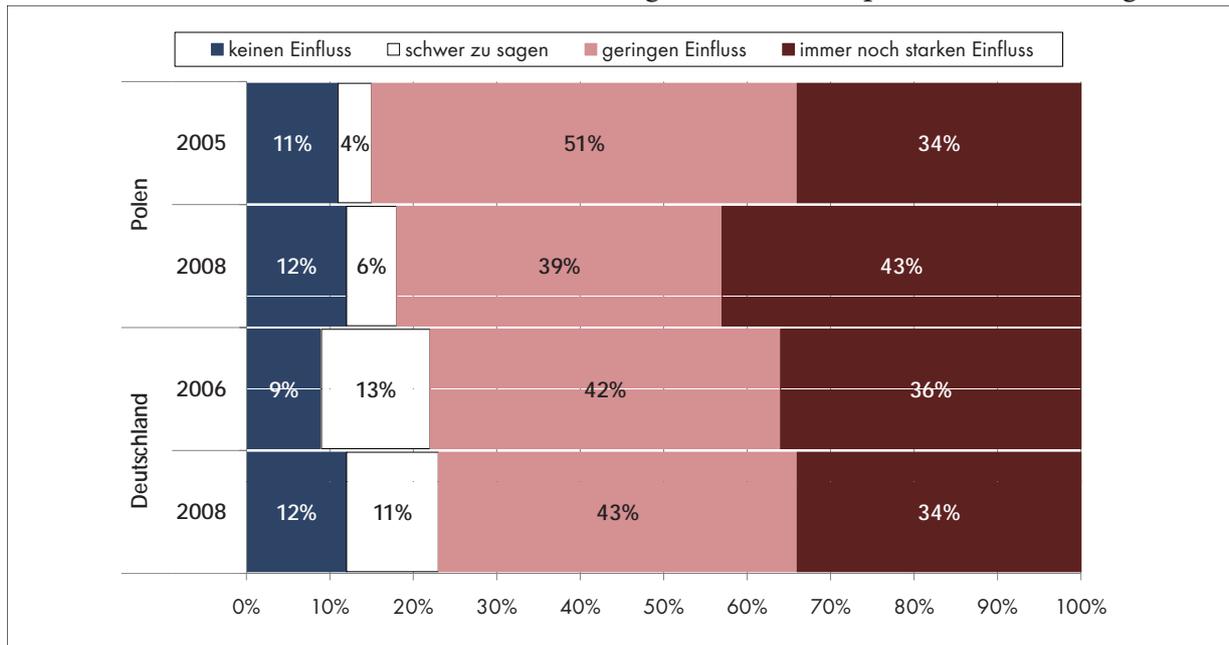
Meinungsumfragen zu den bilateralen Beziehungen

Grafik 1: Wie sind Ihrer Meinung nach gegenwärtig die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen? (%)



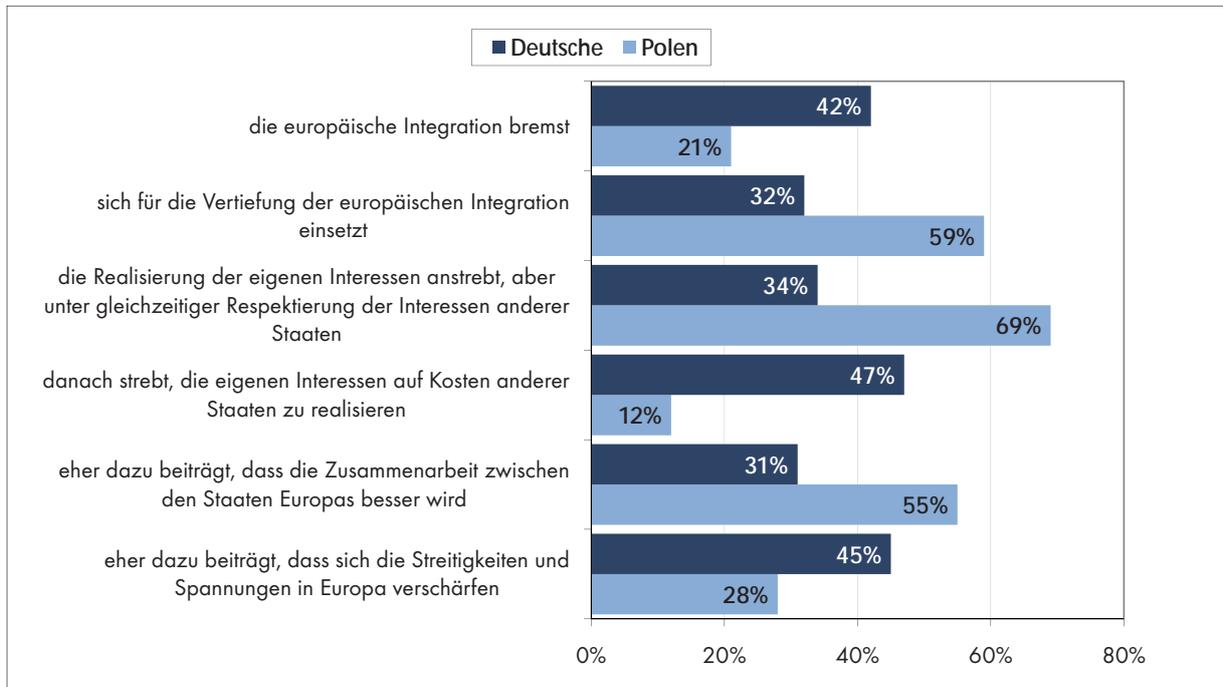
Quelle: Instytut Spraw Publicznych 2000, 2005, 2006 und 2008

Grafik 2: Welchen Einfluss hat der Zweite Weltkrieg auf die deutsch-polnischen Beziehungen? (%)



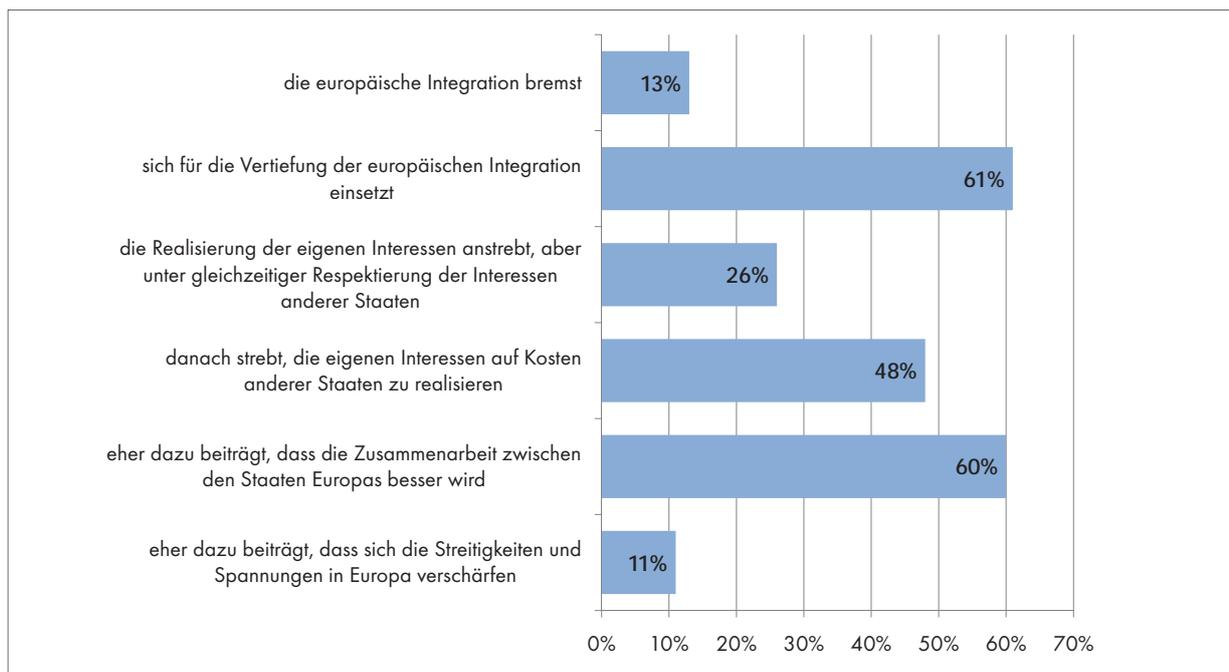
Quelle: Instytut Spraw Publicznych 2005, 2006 und 2008

**Grafik 3: Die Bewertung der polnischen Europapolitik durch Deutsche und Polen:
Polen ist ein Land, das ... (%)**



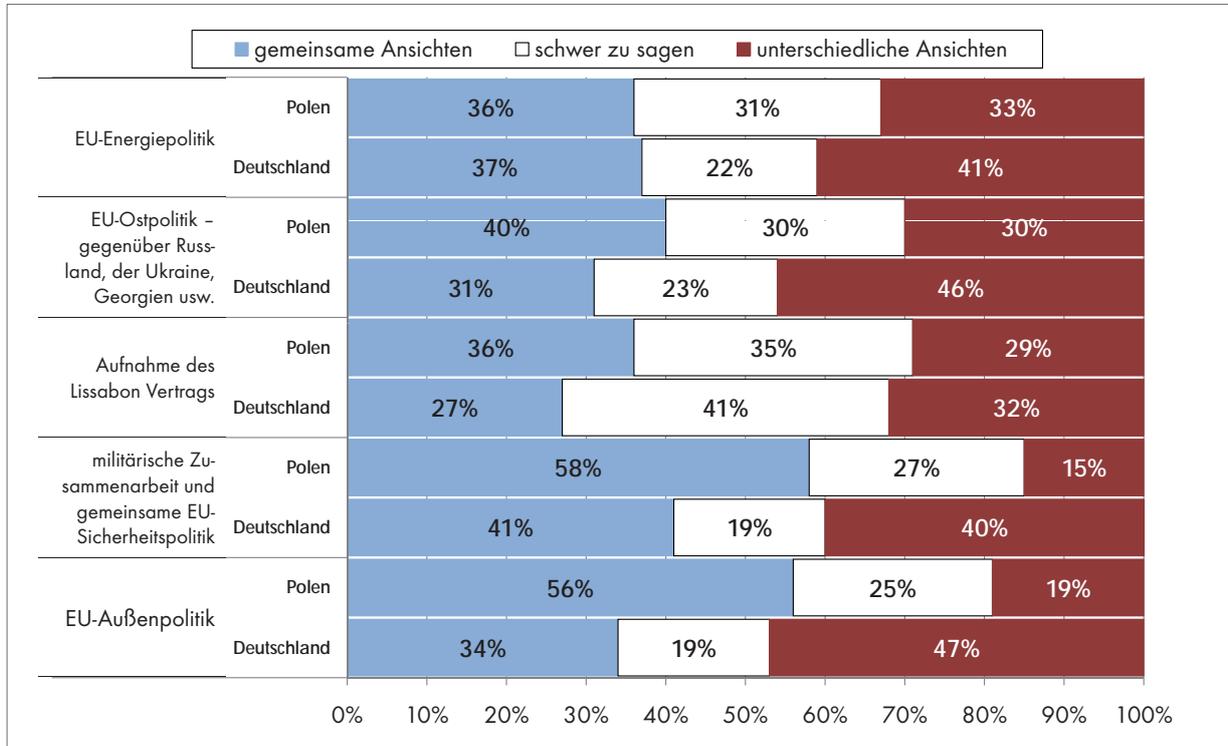
Quelle: Instytut Spraw Publicznych 2008

**Grafik 4: Die Bewertung der deutschen Europapolitik durch Polen:
Deutschland ist ein Land, das ... (%)**



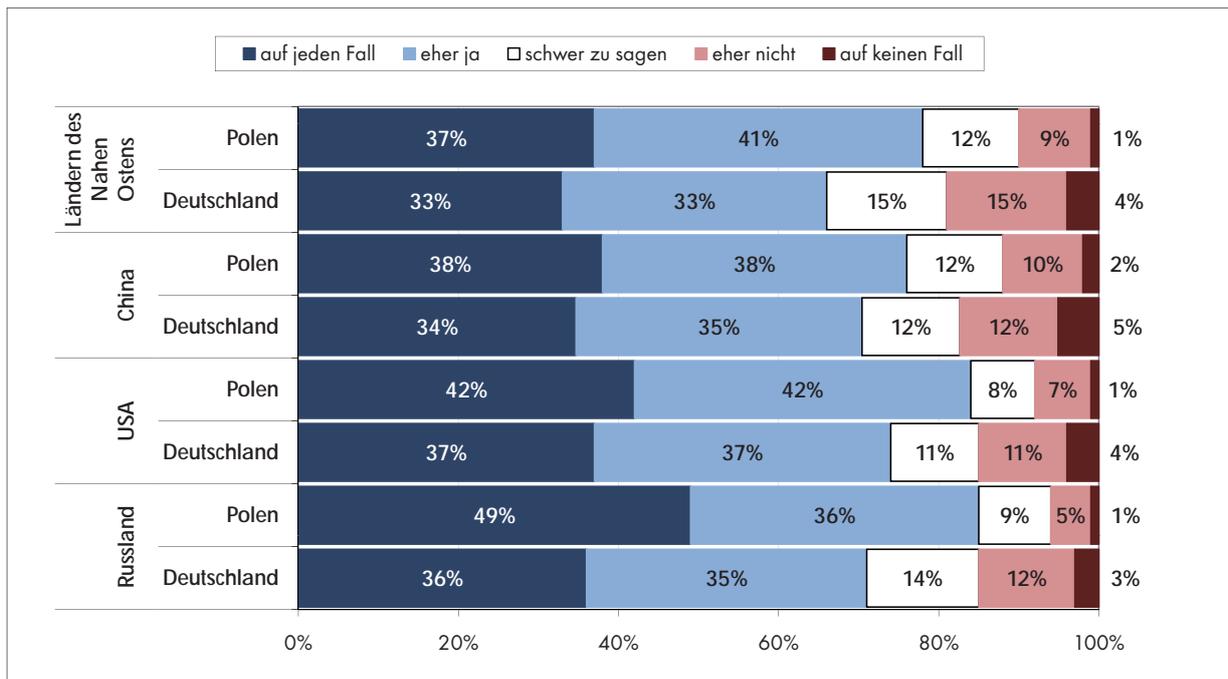
Quelle: Instytut Spraw Publicznych 2008

Grafik 5: Haben Polen und Deutschland in den folgenden Politikfeldern gemeinsame oder unterschiedliche Ansichten?



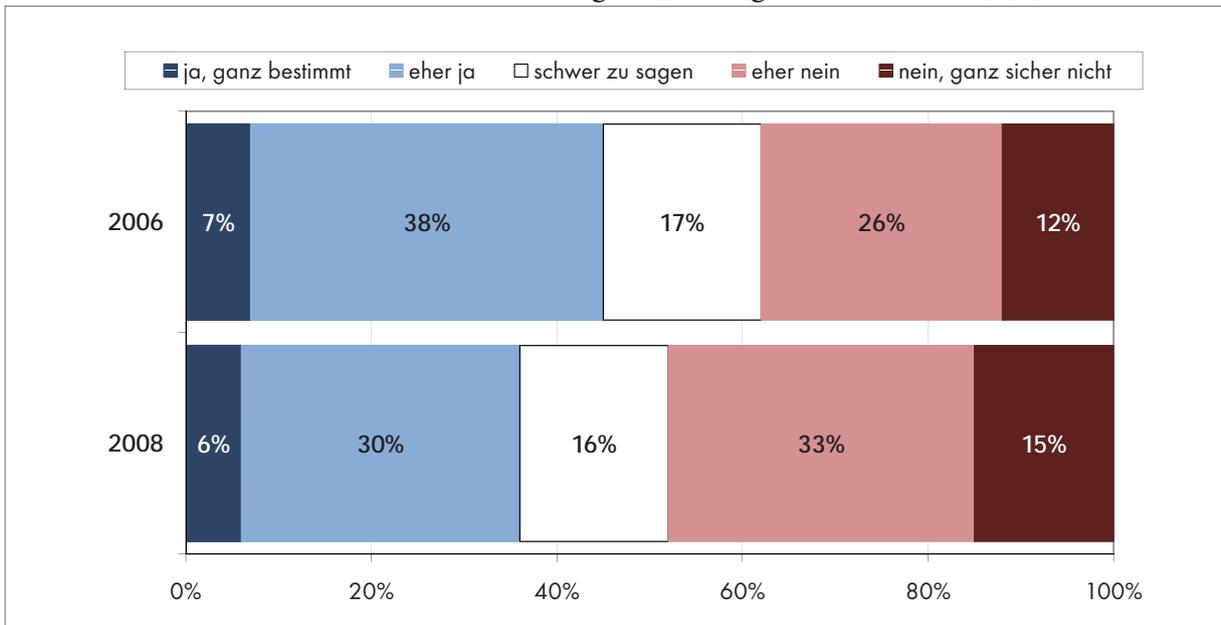
Quelle: Instytut Spraw Publicznych 2008

Grafik 6: Besteht die Notwendigkeit einer gemeinsamen EU-Politik gegenüber... (%)



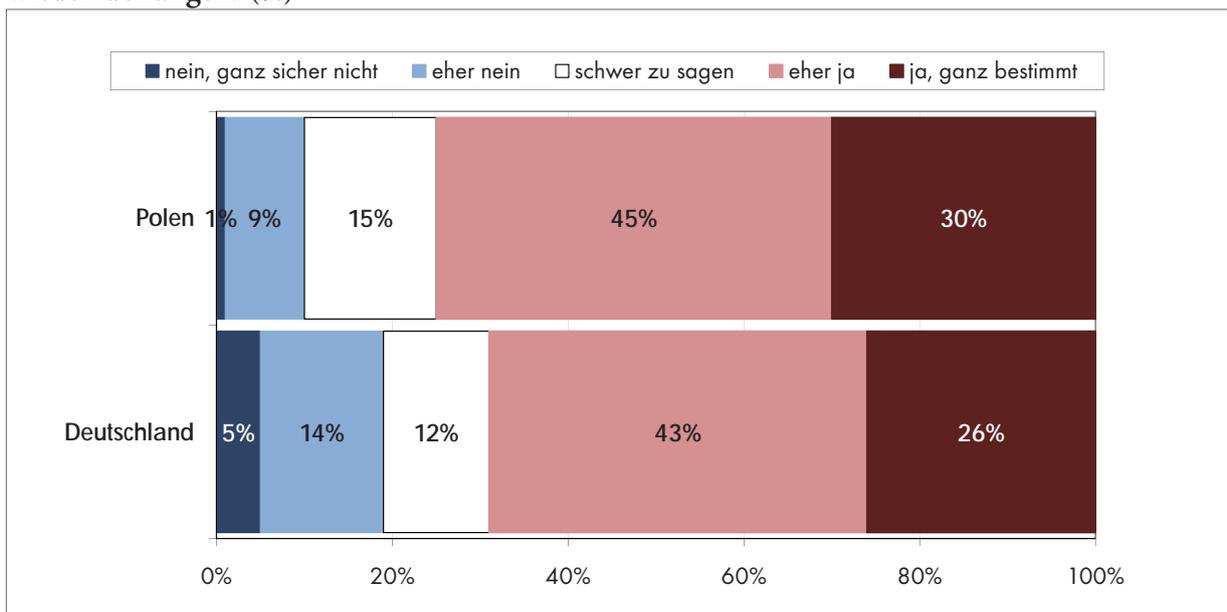
Quelle: Instytut Spraw Publicznych 2008

Grafik 7: Sollte Deutschland bei der Zusammenarbeit mit Russland die Interessen und Ansichten Polens mehr als bisher berücksichtigen? (Umfrage in Deutschland) (%)



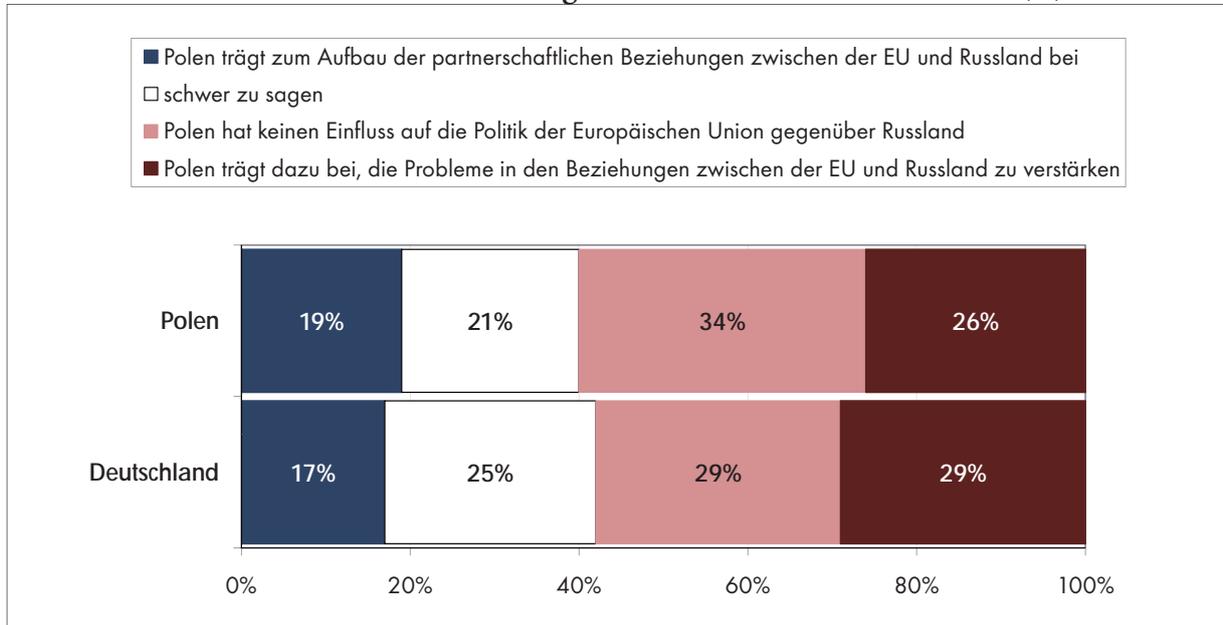
Quelle: Instytut Spraw Publicznych 2006 und 2008

Grafik 8: Strebt Russland danach, seinen Einfluss in den Ländern Osteuropas wiederzuerlangen? (%)



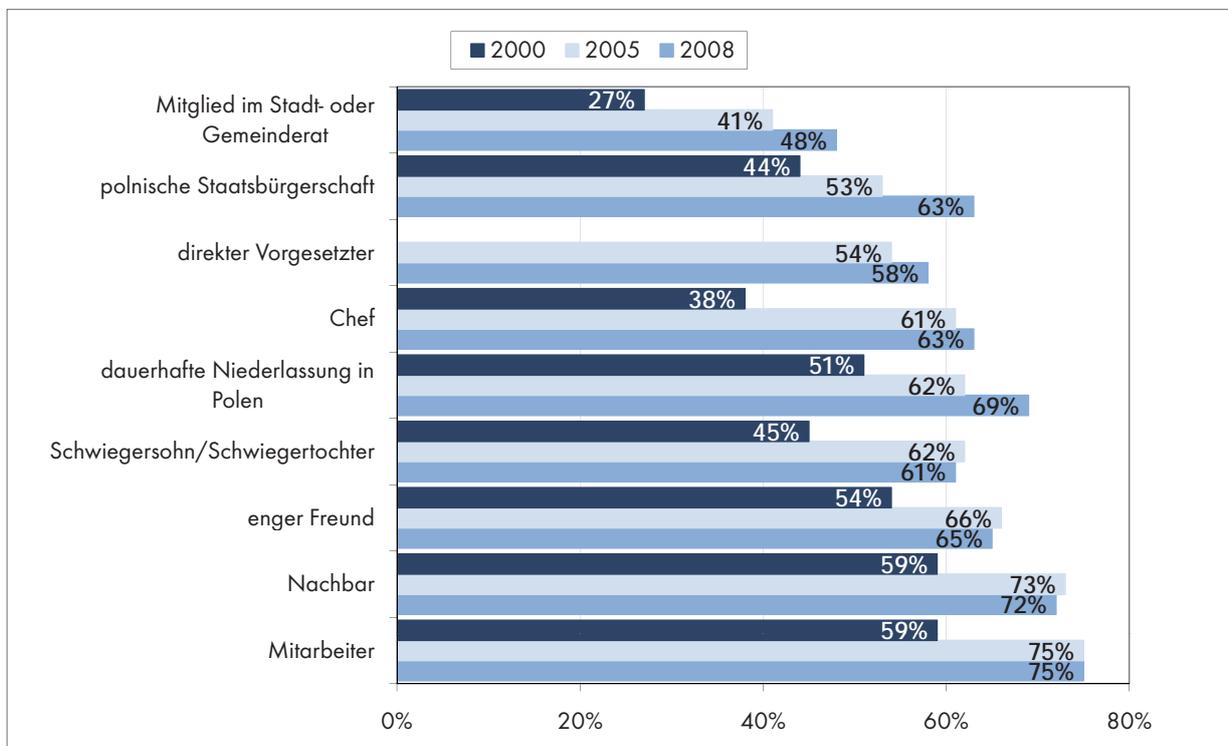
Quelle: Instytut Spraw Publicznych 2008

Grafik 9: Die Rolle Polens in den Beziehungen zwischen der EU und Russland (%)



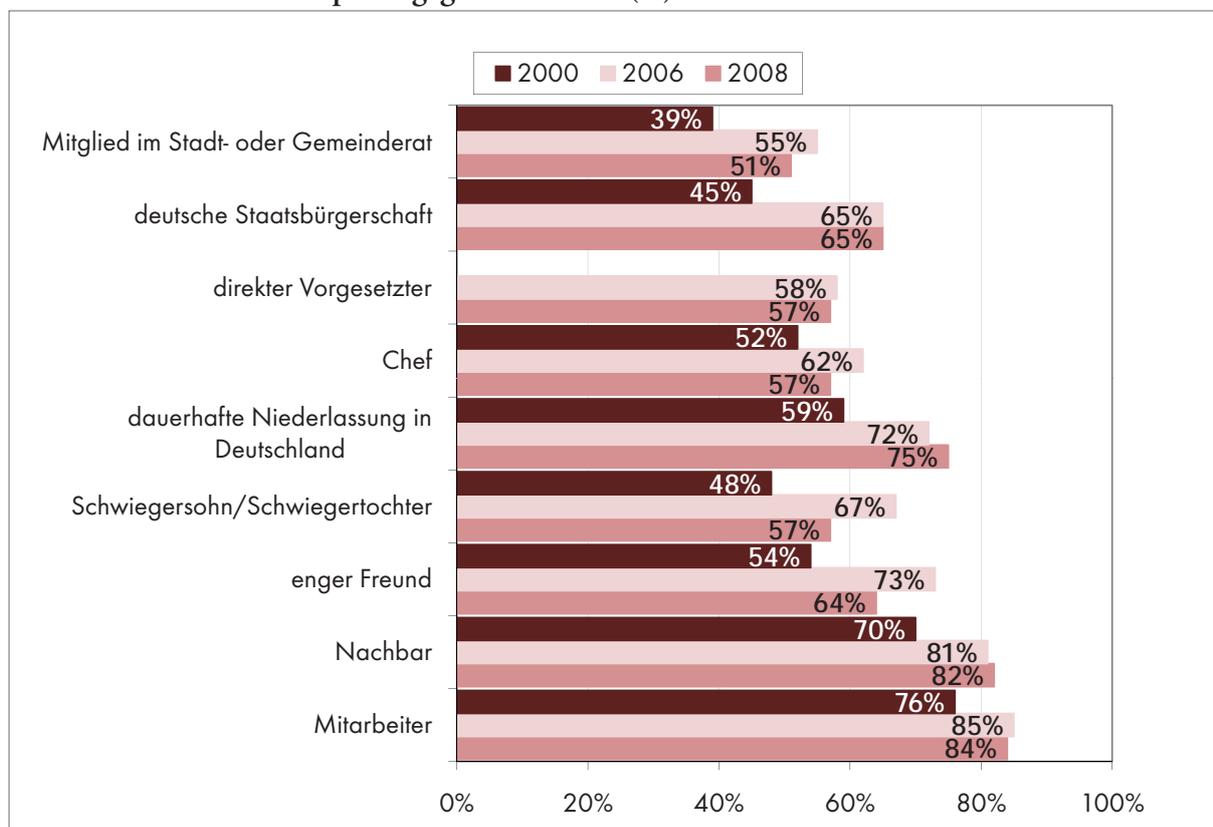
Quelle: Instytut Spraw Publicznych 2008

Grafik 10: Polnische Akzeptanz gegenüber Deutschen (%)



Quelle: Instytut Spraw Publicznych 2000, 2005 und 2008

Grafik 11: Deutsche Akzeptanz gegenüber Polen (%)



Quelle: Instytut Spraw Publicznych 2000, 2006 und 2008

Chronik
Vom 05. bis zum 18. Mai 2009

05.05.2009	Der ehemalige Solidarność-Vorsitzende und Staatspräsident Lech Wałęsa reicht eine Klage gegen Staatspräsident Lech Kaczyński beim Warschauer Kreisgericht ein, da dieser ihn in einem Interview mit dem Fernsehsender Polsat im Juni 2008 der Zusammenarbeit mit dem Geheimdienst der Volksrepublik bezichtigt habe. Wałęsa hatte bereits damals Kaczyński aufgefordert, sich von seiner Bemerkung zu distanzieren, worauf Kaczyński jedoch nicht reagiert hatte. Wałęsa war bereits im Jahr 2000 in einem Verfahren vom dem Vorwurf freigesprochen und 2004 als Verfolger des kommunistischen Systems anerkannt worden.
06.05.2009	Bei einem Treffen in Moskau sprechen Außenminister Radosław Sikorski und sein russischer Amtskollege Sergej Lawrow u. a. über die polnisch-russischen Wirtschaftsbeziehungen, das EU-Programm der »Östlichen Partnerschaft«, die Möglichkeit eines Kleinen Grenzverkehrs zwischen Polen und dem Kaliningrader Gebiet sowie den Schiffsverkehr in angrenzenden Gewässern. Nach Sikorski entwickeln sich die polnisch-russischen Beziehungen normal und dynamisch; Lawrow äußert sich zufrieden, dass die Regierung von Ministerpräsident Donald Tusk sich für die Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Ländern einsetzt.
07.05.2009	Auf dem EU-Gipfel in Prag wird die von Polen und Schweden initiierte »Östliche Partnerschaft« zwischen der Europäischen Union und der Ukraine, Belarus, Moldawien, Armenien, Aserbaidschan und Georgien begründet. Außenminister Radosław Sikorski bezeichnet dies als polnischen Erfolg in der EU; zum ersten Mal habe die ganze EU eine polnische Initiative verabschiedet. In den nächsten Monaten werde die Initiative in EU-Projekte umgesetzt, für die zurzeit mindestens 600 Mio. Euro bereitstünden.
08.05.2009	Nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts TNS OBOP zur Stimmverteilung bei der Wahl zum Europäischen Parlament, die im Juni stattfinden wird, gaben 47 % an, die Liste der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) und 22 % Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) zu wählen. 12 % würden für das Wahlbündnis aus Demokratischer Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD) und Arbeitsunion (Unia Pracy – UP) stimmen, 8 % für die Polnische Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) und 3 % für Selbstverteidigung (Samoobrona). Jeweils 2 % würden die Mitte-Links-Koalition Übereinkunft für die Zukunft (Porozumienie dla Przyszłości) bzw. die Republikanische Rechte (Prawica Rzeczypospolitej) wählen. Die Union für Realpolitik (Unia Polityki Realnej – UPR) und Libertas Polska würden jeweils 1 % der Stimmen erhalten. 2 % der Befragten würden eine andere Partei wählen.
09.05.2009	Auf dem Parteikongress von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) zur Europawahl, der unter dem Motto »Mehr für Polen« in Breslau stattfindet, kündigt der PiS-Vorsitzende Jarosław Kaczyński an, die PiS werde im Europäischen Parlament eine einflussreiche Koalition mit den britischen und tschechischen Konservativen eingehen, in der in nationalen Angelegenheiten kein Fraktionszwang wie bei anderen großen Fraktionen des Europäischen Parlaments herrschen werde. Hauptanliegen der PiS sei die Gleichheit in Europa, die ein solidarisches Europa garantiere. Ausdruck der herrschenden Ungleichheit in wirtschaftlichen Angelegenheiten sei beispielsweise der Umgang mit den polnischen Werten. Andere Länder könnten ihre Werten und andere Industriezweige unterstützen, Polen aber nicht. Dies dürfe aus Gründen der Gleichheit nicht akzeptiert werden, so Kaczyński.
09.05.2009	Auf dem Parteikongress der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) zur Europawahl unter dem Motto »Setz auf Polen« in Posen stellt der Parteivorsitzende und amtierende Ministerpräsident Donald Tusk heraus, dass die PO bei einem Wahlsieg die Politik des Europäischen Parlaments mitbestimmen und eine ernstzunehmende Größe für die deutschen, französischen und italienischen Konservativen darstellen werde. Er garantiere, dass bei einem Wahlsieg die PO den Vorsitzenden des Europäischen Parlaments stellen werde. Polen müsse Europa und der Welt friedlich, positiv und selbstbewusst zeigen, dass auch hier das innovative Zentrum Europas liegen könne.
11.05.2009	Der Fraktionssprecher von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Mariusz Błaszczak, teilt auf einer Pressekonferenz mit, dass die PiS den Vorschlag von Ministerpräsident Donald Tusk (Bürgerplattform/ Platforma Obywatelska – PO) annimmt, im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni Debatten zwischen Kandidaten der PiS und der PO an verschiedenen Orten in Polen zu aktuellen Themen wie die Zukunft der Werten, Sicherung von Arbeitsplätzen, steigende Arbeitslosigkeit durchzuführen.
12.05.2009	Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament, Martin Schulz, wirft Ministerpräsident Donald Tusk Manipulation der Wähler vor. Hintergrund ist eine Äußerung Tusks auf einer Wahlkampfveranstaltung zur Wahl des Europäischen Parlaments (EP) in der vergangenen Woche in Posen, auf der er gesagt hatte, er garantiere, dass die Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) den Vorsitzenden des EP bestimmen werde, wenn die PO die Wahl gewänne. Tusks Worte seien leichtfertig; es sei bekannt, dass die Besetzung dieses Postens erst nach den Wahlen vorgenommen werde, so Schulz.

13.05.2009	Nach dem Bericht der Europäischen Kommission betrug das Haushaltsdefizit Polens im Jahr 2008 3,9 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) statt der zulässigen 3 %, was ein Defizitverfahren zur Folge haben wird. Für 2009 prognostiziert die Europäische Kommission ein Defizit von 6,6 % des BIP und für 2010 eine Steigerung auf 7,3 %.
14.05.2009	Während eines offiziellen Besuchs unterzeichnen Ministerpräsident Donald Tusk und sein türkischer Amtskollege Recep Tayyip Erdogan in Warschau einen Vertrag über strategische Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern. Tusk spricht sich für einen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union aus.
16.05.2009	Der stellvertretende Vorsitzende der europaskeptischen Partei Libertas Polska, Artur Zawisza, kündigt an, dass im Rahmen des Wahlkampfes der Libertas für die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni der ehemalige Solidarność-Vorsitzende und Staatspräsident Lech Wałęsa in den nächsten Wochen in einigen europäischen Städten auftreten werde. Libertas Polska wendet sich u. a. gegen die Einführung des EU-Reformvertrags von Lissabon und gegen die Einführung des Euro in Polen und fordert, die Unterschiede innerhalb der EU bei den EU-Zahlungen an die Landwirte aufzuheben. Darüber hinaus sollten Zahlungen an landwirtschaftliche Betriebe über 200 ha reduziert und über 1.000 ha gestrichen werden.
16.05.2009	Der Leiter des Amtes für Europäische Integration, Mikołaj Dowgiewicz, kündigt an, bei der Europäischen Kommission gegen einen dreiminütigen Film anlässlich des 20. Jahrestages des Zusammenbruchs des Kommunismus in Europa zu protestieren. Der Film, der für die Europäische Kommission angefertigt und auf You Tube platziert wurde, verweist nicht auf den Anteil der Gewerkschaft Solidarność am Umbruch in Europa sowie auf die halbfreien Wahlen vom 4. Juni 1989 in Polen. Den Umbruch von 1989 ohne die Initiative der Solidarność zu zeigen sei wie die Darstellung der französischen Geschichte ohne französische Revolution, so Dowgiewicz. Er plädiere für eine Korrektur des Films bzw. einen weiteren Film, der der Solidarność gewidmet sein solle.
17.05.2009	Im Rahmen des Wahlkampfes zu den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni debattieren in Posen, Allenstein und Rzeszów die Kandidaten der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) und von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) miteinander. In sechs weiteren Städten finden die geplanten Debatten nicht statt.
18.05.2009	Die Europäische Kommission kündigt Veränderungen in dem dreiminütigen Film über das Jahr 1989 an und reagiert damit auf Proteste des polnischen Staatssekretärs und Leiters des Amtes für Europäische Integration, Mikołaj Dowgiewicz, vor zwei Tagen.

Lesehinweis

erschienen 2009



INSTYTUT SPRAW PUBLICZNYCH

Polen und Deutsche

Ihr gegenseitiges Bild und ihre Vision von Europa

Herausgegeben von:

Lena Kolarska-Bobińska
Agnieszka Łada



Über die Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Deutsches Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. Seit 1987 ist die Trägerschaft auf die Kultusminister der Länder ausgedehnt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 55.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen mit einer einzigartigen Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens. (www.deutsches-polen-institut.de)

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Neben ausführlicher individueller Forschung zu Dissens und Gesellschaft im Sozialismus, leitet die Forschungsstelle seit Januar 2007 ein gemeinsames Projekt mit einem Verbund von internationalen Forschungsinstituten zum Thema »Das andere Osteuropa – die 1960er bis 1980er Jahre, Dissens in Politik und Gesellschaft, Alternativen in der Kultur. Beiträge zu einer vergleichenden Zeitgeschichte«, welches von der VolkswagenStiftung finanziert wird.

Im Bereich der post-sozialistischen Gesellschaften sind in den letzten Jahren umfangreiche Forschungsprojekte durchgeführt worden, deren Schwerpunkte auf politischen Entscheidungsprozessen, Wirtschaftskultur und der EU-Osterweiterung lagen. Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste mit fast 15.000 Abonnenten in Politik, Wirtschaft und den Medien.

Mit ihrer in Deutschland einzigartigen Sammlung von Publikationen zu Osteuropa ist die Forschungsstelle eine Anlaufstelle sowohl für Wissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit. In der Bibliothek sind derzeit neben anderen breit angelegten Beständen allein aus Polen ca. 300 laufende Periodika zugänglich. Die Bestände werden in Datenbanken systematisch erfasst. (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (Darmstadt), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1863-9712 © 2009 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen